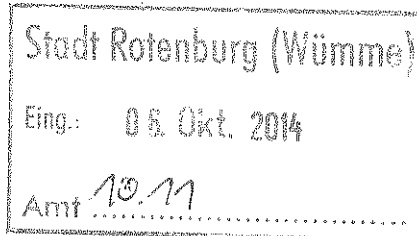


Vorlage-Nr. 0661/2011-2016

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN • Saturnstr. 6 • 27342 Rotenburg

Herrn
Bürgermeister Eichinger
Rathaus
27356 Rotenburg



Rotenburg (Wümme)
Ratsfraktion

Ekkehard von Hoyningen-Huene
Saturnstr. 6
27356 Rotenburg

Telefon: 04261/96 00 67
Mail: info@gruene-rotenburg.de
Web: www.gruene-rotenburg.de

Verteiler:

Bgm
Gruppe sch.-Bef
CDU
SPD
Grüne
FDP/ FW/WIR

6. Oktober 2014

Ratsantrag

Resolution zu den geplanten Abkommen TTIP, CETA und TiSA

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die GRÜNEN beantragen, die folgende Resolution durch den Stadtrat verabschieden zu lassen:

Resolution des Stadtrates Rotenburg/Wümme bzgl. CETA, TTIP und TiSA

- In Sorge um die Aushöhlung der kommunalen Selbstbestimmung sowie von Umwelt- und Gesundheitsstandards, Arbeitnehmerrechten und demokratischen Institutionen sowie
- in Überzeugung, dass die prognostizierten Vorteile die Nachteile nicht aufwiegen,

schließt sich der Stadtrat von Rotenburg (Wümme) der bestehenden Kritik aus Zivilgesellschaft und Politik an den in geheimer Verhandlung befindlichen Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA, inzwischen fertig gestellt) und den USA (TTIP) sowie dem Handelsabkommen mit Dienstleistungen (TiSA) an und fordert:

1. statt geheimer Verhandlungen die Offenlegung und die breite öffentliche Diskussion der Verhandlungsmandate der EU sowie der Vertragsinhalte, gleichberechtigte Beteiligung nicht nur der wirtschaftlich Interessierten, sondern aller gesellschaftlichen Gruppen und Parlamente
2. die Entwicklung von Handelsabkommen, die
 - dem Gemeinwohl dienen sowie
 - die Demokratie,
 - die kommunale Selbstbestimmung und das Subsidiaritätsprinzip,

Bankverbindung des Ortsverbandes Rotenburg:

Bank: Sparkasse Rotenburg-Bremervörde; Kontonummer: 26400572; Bankleitzahl: 241 512 35

- die kommunale Auftragsvergabe nach sozialen, ökologischen oder regionalen Kriterien
- die Umwelt- und Gesundheitsstandards (insbesondere das Vorsorgeprinzip),
- die Arbeitnehmerrechte,
- die sozialen Sicherungssysteme,
- den Schutz unseres Gemeinwesens vor einem deregulierten Finanzsektor und
- die Kulturförderung

erhalten und stärken.

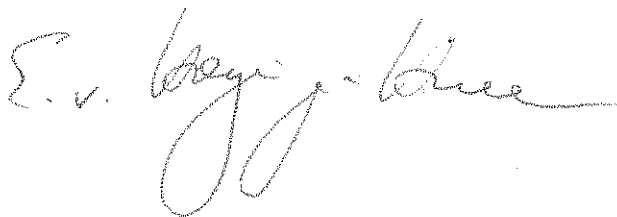
Wir stellen fest: In einer freiheitlichen Demokratie und einem Rechtsstaat, wie er bei uns besteht, dürfen Instrumente wie

- ein Zwang zur Privatisierung von Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge wie Wasserversorgung und Abwasser- sowie Abfallentsorgung, ÖPNV, Bildung, Gesundheit und Soziales sowie
- ein Verbot der Rekommunalisierung oder
- ein Investorenschutzsystem wie das ISDS

nicht verankert werden.

Der Stadtrat von Rotenburg (Wümme) fordert die Mitglieder der gesetzgebenden, rechtsprechenden und regierenden Institutionen auf Kreis-, Landes-, Bundes- und europäischer Ebene auf, die in dieser Resolution enthaltenen Argumente zu vertreten und ihnen Geltung zu verschaffen. Der Bürgermeister wird gebeten, diese Resolution an die genannten Institutionen zu übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen



E. v. Bogen